GENDER OPEN REPOSITORIUM

Einleitung : Intersektionalität und Postkolonialität – Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht

Mauer, Heike; Leinius, Johanna

2021

https://doi.org/10.25595/1989

Veröffentlichungsversion / published version
Sammelbandbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mauer, Heike; Leinius, Johanna: *Einleitung : Intersektionalität und Postkolonialität – Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht*, in: Mauer, Heike; Leinius, Johanna (Hrsg.): Intersektionalität und Postkolonialität. Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht (Opladen: Verlag Barbara Budrich, 2021), 7-30. DOI: https://doi.org/10.25595/1989.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Politik und Geschlecht, Band 33

Heike Mauer/Johanna Leinius (Hrsg.)

Intersektionalität und Postkolonialität

Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht

Verlag Barbara Budrich

Intersektionalität und Postkolonialität

Politik und Geschlecht

herausgegeben von der Sektion
Politik und Geschlecht
der Deutschen Vereinigung für
Politikwissenschaft
Band 33

Heike Mauer
Johanna Leinius (Hrsg.)

Intersektionalität und Postkolonialität

Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2021

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.



Die frei zugängliche Open-Access-Publikation des vorliegenden Titels wurde mit Mitteln des Publikationsfonds der Universitätsbibliothek Duisburg-Essen ermöglicht. Ferner haben der Verein zur Förderung feministischer Politikwissenschaft sowie der Corona-Sonderfonds der Stabsstelle Gleichstellung an der Universität Kassel die Publikation finanziell unterstützt. Auch ein Teil der Mittel, die Heike Mauer als Trägerin des Wissenschaftspreises für Genderforschung des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW 2019 erhalten hat, sind eingeflossen.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

© 2021 Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0): https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/
Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der UrheberInnen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.
www.budrich.de



Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (https://doi.org/10.3224/84742455).
Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-2455-0 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-1662-3 (eBook)
DOI 10.3224/84742455

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – disegno-kommunikation.de
Typographisches Lektorat: Ulrike Weingärtner, Gründau – info@textakzente.de
Druck: Books on Demand GmbH, Norderstedt
Printed in Europe

Inhalt

Heike Mauer und Johanna Leinius
Einleitung: Intersektionalität und Postkolonialität –
Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht 7

Nikita Dhawan und Birgit Sauer
Stuntreiter*innen: Intersektionalität und Postkolonialität in der
deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Forschung 31

Teil I: Begriffsarbeit 41

Johanna Leinius und Heike Mauer
Gratwanderungen zwischen Differenz und Gleichheit:
Intersektionalität und Postkolonialität als Perspektiven
der kritischen feministischen Forschung 43

Laura Mohr
Queere Intersektionalität? Kritik und Transformation
gesellschaftlich-kapitalistischer Verhältnisse 67

Zubair Ahmad
Die Kategorie der *Religion*: Ein macht- und herrschaftsanalytisch
vernachlässigter Begriff in der Politischen Theorie 91

Floris Biskamp
Gayatri Spivak und der Wille zur Wahrheit: Die aktuellen Debatten um
Islam, Patriarchat und Rassismus vor dem Hintergrund von *French
Feminism in an International Frame* und *Can the Subaltern Speak?* 115

Teil II: Staat und Institutionen 137

Sonja John
Die Eliminierung der ‚Anderen' – Inhaftierung als Herrschaftsmittel..... 139

Monika Götsch und Katrin Menke
Intersektionale Ungleichheiten: Die Ökonomisierung des
deutschen Wohlfahrtsstaates und seine Folgen..... 161

Helene Gerhards
Von Patient*innenzellen und Patient*innenzahlen:
Intersektionale Perspektiven auf biomedizinische Forschung 181

Teil III: Soziale Bewegungen 205

Antje Daniel
Dekolonial und intersektional? Widersprüche der Herrschaftskritik
in der südafrikanischen Studierendenbewegung..... 207

Christine Löw
‚In Verteidigung unserer natürlichen Ressourcen':
Postkoloniale ökologische Bewegungen, Geschlechterverhältnisse
und die Sicherung von Existenzgrundlagen..... 229

Christopher Fritzsche
Ein „überkonfessionelles Bündnis" gegen die *Ehe für alle*?
Die ambivalente Haltung antifeministischer Akteure zum Islam..... 255

Teil IV: Fazit 277

Johanna Leinius und Heike Mauer
(K)einen Schlusspunkt setzen: Die Herausforderungen von
Intersektionalität und Postkolonialität im deutschsprachigen Kontext 279

Über die Autor*innen 299

Einleitung: Intersektionalität und Postkolonialität – Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht

Heike Mauer und Johanna Leinius

In den multiplen politischen Krisen der Gegenwart sind Rassismus und Sexismus untrennbar miteinander verwoben. Die COVID-19-Epidemie sowie der Tod von George Floyd und das Erstarken der #BlackLivesMatter-Bewegung sind nur zwei Beispiele für Momente, in denen Intersektionalität und Postkolonialität als Instrumente für feministische Analysen und Interventionen unabdingbar sind, um gegenwärtige Formen von Macht, Ungleichheit und Ungerechtigkeit zu kontextualisieren und zu historisieren.

Im Folgenden werden wir diese beiden kritischen Momente nutzen, um einen ersten Einblick zu geben, wie intersektionale und postkoloniale Perspektiven zur Analyse der Effekte und Prozesse von Macht und Herrschaft genutzt werden können. Im Anschluss daran zeigen wir auf, warum diese Perspektiven unseres Erachtens nach in der kritischen Forschung im deutschsprachigen Kontext unabdingbar sind. Der Sammelband gibt, dies sei schon am Anfang gesagt, keine Einführung in *die* Theorie oder *die* Methode der Intersektionalität und der Postkolonialität. Stattdessen zeigen die Beiträge im vorliegende Sammelband in exzellenter Weise, wie unterschiedlich mit den beiden Perspektiven gearbeitet werden kann, aber auch, welches der geteilte Gehalt und die gemeinsame Haltung sind. Wir laden die Leser*innen ein, sich mit uns auf die Reise zu begeben, vermeintlich Bekanntes zu hinterfragen und sich auf das kritisch-reflexive Projekt von Intersektionalität und Postkolonialialität einzulassen.

Heike Mauer und Johanna Leinius

1 #BlackLivesMatter

In der Nacht vom 13. März 2020 dringen in Louisville, Kentucky, drei Polizisten in Zivil zu Durchsuchungszwecken ohne Vorwarnung in die Wohnung der 26-jährigen Breonna Taylor, einer Schwarzen[1] Notfallsanitäterin, ein. Hintergrund war eine Ermittlung wegen Drogenhandels gegen eine Person, von der polizeibekannt war, dass sie sich zum Zeitpunkt der Durchsuchung nicht in der Wohnung aufhielt. Der Lebenspartner von Taylor ging von einem Einbruch aus und schoss einem der Polizisten ins Bein. Acht Kugeln treffen die unbewaffnete Taylor, sie stirbt (Oppel/Taylor 2020). In Deutschland finden sich erste Medienberichte zu diesem Tötungsdelikt ab Mitte Mai 2020.[2] Doch eine breite öffentliche Skandalisierung rassistischer Polizeigewalt setzt in Deutschland erst mit dem Tod von George Floyd ein, der am 25. Mai 2020 in Minneapolis, Minnesota, stirbt, nachdem der *weiße* Polizist Derek Chauvin den bereits in Handschellen auf dem Boden gefesselten Floyd knapp neun Minuten mit seinem Knie auf dem Hals fixiert und ihn erstickt. Dabei ignorierten Chauvin und seine Kollegen Floyds wiederholte Bitten „Please, I can't breathe" ebenso wie die Aufforderungen von Passant*innen an die Polizisten, von Floyd, der keinen Widerstand leistete, endlich abzulassen. Anlass der Kontrolle mit tödlichem Ausgang war der Vorwurf, Floyd habe beim Bezahlen Falschgeld in Umlauf gebracht (vgl. BBC News 2020).

Die Tode von Breonna Taylor und George Floyd sind keine Einzelfälle, sondern reihen sich in eine lange Liste tödlicher, rassistischer Polizeigewalt ein, die nicht konsequent durch die U.S.-amerikanischen Justizbehörden geahndet wird. Ausgangspunkte für das Entstehen der #BlackLivesMatter-Bewegung waren u.a. die gewaltsamen Tode von Michael Brown in Ferguson, Missouri, durch die Schüsse eines Polizisten im Jahr 2014 sowie von Eric Garner in New York City, New York, der bei seiner Verhaftung im Würgegriff eines Polizisten erstickte.[3] Garners letzte Worte, festgehalten durch ein Polizeivideo, waren „I can't breathe". Sie versinnbildlichen die „strukturelle Verunmöglichung des Atmens Schwarzer Menschen" durch Racial Profiling, so Fatima El-

1 Bei der Großschreibung von Schwarz und der Kursivierung von *weiß*, die wir hier in diesem Text vornehmen, folgen wir Natasha A. Kelly (2019: 16). Schwarz wird als eine gruppenbezogene Selbstbezeichnung und zugleich als eine „sozialpolitische Kategorie" verstanden und großgeschrieben; *weiß* wird als eine „Analysekategorie für unterdrückende Machtverhältnisse" verstanden und kursiviert (ebd.).

2 Der *Tagesspiegel* (2020) und auch *Der Spiegel* (2020) widmen der Tötung von Breonna Taylor am 13.05.2020 jeweils ausführliche Berichte.

3 Zuvor hatte bereits der Freispruch des Mitarbeiters eines privaten Sicherheitsunternehmens, der im Jahr 2012 den unbewaffneten jugendlichen Schwarzen Trayvon Martin in Sanford, Florida, auf offener Straße erschoss, für die Verbreitung des Hashtags #BlackLivesMatter durch die Aktivistinnen Alicia Garza und Patrisse Cullors gesorgt (vgl. Hirschfelder 2016: 234f.).

Tayeb und Vanessa E. Thompson (2019: 318f.).[4] Nicht nur in den Fällen von Brown und Garner, sondern auch in unzähligen weiteren Fällen versagten die Justizbehörden bei der strafrechtlichen Ahndung der verantwortlichen Polizist*innen, so dass die Tode Schwarzer Menschen durch rassistische Polizeigewalt straf- und konsequenzenlos blieben.

Mittlerweile tritt die #BlackLivesMatter-Bewegung nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland und Europa mit zunehmender Sichtbarkeit für das Ende rassistischer Polizeigewalt sowie einer diskriminierenden Rechtspraxis ein (El-Tayeb/Thompson 2019: 325f.). Wissenschaftliche Analysen, die hierzu nach wie vor insbesondere von Schwarzen Wissenschaftler*innen durchgeführt und bislang jedoch kaum rezipiert werden, reflektieren die unterschiedlichen historischen Entwicklungen der USA und Deutschland bzw. Europa und kritisieren zugleich die Versuche, rassistische Polizeigewalt einzig in den USA zu verorten (vgl. u.a. Wa Baile et al. 2019; El-Tayeb 2016; Thompson 2018; Salem/Thompson 2016; Mauer/Thompson 2020). Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das Versagen der Polizei- und Justizbehörden, die NSU-Morde als rechtsextrem und rassistisch zu erkennen, und das jahrlange Ermitteln im Umfeld der Opfer und ihrer Angehörigen, an den bis heute unaufgeklärten Tod des gefesselten Oury Jalloh in einer Gewahrsamszelle der Polizei in Dessau, aber auch das Unterlassen verschiedenster Behörden, den Täter des Attentats von Hanau im Februar 2020, der bereits zuvor polizeibekannt war, genauer zu überprüfen und ihm etwa seinen Waffenschein zu entziehen.

Während in Deutschland aktuell um die Durchführung einer wissenschaftlichen Studie über strukturellen Rassismus in der Polizei gerungen wird, ist in den USA die enge Verknüpfung des Polizei- und Justizsystems mit der Gewaltgeschichte des Rassismus vergleichsweise gut erforscht: So wurden in den Südstaaten polizeiliche Strukturen gegründet, um das Fortbestehen des Systems der Plantagensklaverei zu ermöglichen. Die Verfolgung von Menschen, die sich selbst aus der Sklaverei befreit hatten und deshalb in den Norden flohen, war eine zentrale polizeiliche Aufgabe (vgl. Brown 2019). Rassistische polizeiliche Gewalt setzte sich durch die aktive Unterstützung von Lynchmorden und Plünderungen durch die eigene Teilnahme, das Gewährenlassen sowie der Nichtverfolgung der – oftmals in paramilitärischen, bzw. parapolizeilichen Milizen wie dem Ku-Klux-Klan – organisierten Täter*innen fort (vgl. Taylor et al. 2017; Holden-Smith 1995). Insofern stehen die Tode von George Floyd und Breonna Taylor und aller weiterer Getöteter in der Gegenwart in einer Kontinuität rassistischer Polizeigewalt. Dabei muss der kulturelle Diskurs über Lynching, aber auch die Unterstützung, das Gewährenlassen und das Nicht-

4 Als Kehrseite der Verunmöglichung von Atmen berichtet die Journalistin Lin Hierse (2020b) von der vergeblichen Strategie des Luftanhaltens, um auf diese Weise rassistischer Diskriminierung zu begegnen.

verfolgen von Lynchmorden durch die lokalen Polizeibehörden sowie das Versagen der Bundesebene, gegen diese Rechtsbrüche mittels Anti-Lynching-Gesetzgebung effektiv vorzugehen, als ein intersektionaler Komplex begriffen werden, in dessen Zentrum rassifizierte Geschlechterverhältnisse und vergeschlechtlichte *race relations* stehen. Barbara Holden-Smith (1995) argumentiert, dass ein weit verbreitetes, kulturelles Unbehagen bezüglich Intimbeziehungen zwischen Schwarzen Männern und *weißen* Frauen eine entscheidende Rolle für das Versagen der Bundesebene spielte, aktiv und erfolgreich mittels einer Anti-Lynching-Gesetzgebung gegen die rassistischen Morde und die damit verbundenen behördlichen Rechtsbrüche vorzugehen (Holden-Smith 1995: 32). Dass Lynching-Diskurse bis heute fortwirken, zeigt sich auch in einem im Mai 2020 aufgezeichneten Handyvideo, dass die *weiße* Hundebesitzerin Amy Cooper zeigt, die auf die Bitte des Schwarzen Christian Cooper, die Leinenpflicht einzuhalten, drohte, die Polizei zu rufen und zu melden, dass ein schwarzer Mann sie bedrohe (vgl. Kelly 2020; Thompson/Loick 2020).[5] Die Kommunikationswissenschaftlerin und Soziologin Natasha A. Kelly betont, dass die Aufnahme die sonst zumeist unmarkierte, *weiße* Position sichtbar mache. Im Zusammenhang von Rassismus müsse nicht allein über Schwarze, sondern auch über *weiße* Menschen und ihre soziale Positionierung gesprochen werden (Kelly 2020). Daraus folgt, dass auch heute eine Analyse des Polizierens die rassifizierte Geschlechterordnung als einen Ausgangspunkt für entmenschlichende Gewalt und rassistische polizeiliche Übergriffe nehmen muss.

Indem sie die Polizeigewalt gegen Schwarze Frauen und trans* Personen hervorhebt, die im öffentlichen Diskurs jedoch oft unsichtbar bleibt,[6] beleuchtet die Sozialwissenschaftlerin Vanessa E. Thompson eine weitere Facette des Polizierens als intersektional-rassistisches Verhältnis: So sind Schwarze Frauen öfter in ihrem eigenen Haus von tödlicher Polizeigewalt betroffen. Zugleich lässt sich hierbei auch in Deutschland eine Kriminalisierung von Schwarzer Mutterschaft beobachten (vgl. Mauer/Thompson 2020). Um dieser Unsichtbarkeit entgegen zu wirken und die spezifische Form rassistischer Polizeigewalt gegen Schwarze Frauen sichtbar zu machen, haben Intersektionalitätsforscherinnen wie Kimberlé Crenshaw und Andrea Ritchie in den USA die Kampagne #SayHerName initiiert, die Öffentlichkeit schaffen will und

5 Dass solche Anrufungen der rassifizierte Geschlechterordnung zur Ausübung von Gewalt keine Einzelfälle darstellen, zeigt auch die Debatte um die Berufung von Clarence Thomas zum Richter des Supreme Courts angesichts der von Anita Hill geäußerten Anklage, sexuelle Übergriffe durch Thomas erlebt zu haben (vgl. für Einordnungen des Falls Collins 2019: 131ff.; Fraser 2001).

6 Kimberlé Crenshaw illustriert diese Unsichtbarkeit in ihren Vorträgen, indem sie ihr Publikum nach der Bekanntheit von Opfern tödlicher Polizeigewalt fragt. Während die Namen vieler männlicher Opfer vom Publikum erkannt werden, sind die Frauennamen oft nahezu vollkommen unbekannt. Vgl. https://theguardian.com/lifeandstyle/2016/may/30/sayhername-why-kimberle-crenshaw-is-fighting-for-forgotten-women [Zugriff: 19.06.2020].

Hintergrundinformationen für Medien, Wissenschaftler*innen sowie Akteur*innen in Politik und Institutionen bereitstellt (Crenshaw/Ritchie 2015).

Mit Bezug auf die Situation in Europa und insbesondere mit Blick auf Deutschland betont Thompson (2018: 198), dass sich die rassistische Gewalt des Polizierens in einer spezifischen Form artikuliert, die es erforderlich macht, die „Kolonialität der Polizei" zu analysieren. Kelly zufolge gehört der Kolonialismus und seine Auswirkungen zur Geschichte des Rassismus in Deutschland, der sich immer noch durch eine Unsichtbarmachung gegenwärtiger und vergangener Schwarzer Lebenswelten artikuliere und diese bis heute verunmögliche (vgl. Kelly 2020). Zugleich betont Kelly (2020) den Zusammenhang zwischen der Ausweisung Schwarzer Menschen im Nachgang des Verlusts der deutschen Kolonien in Afrika, der Verfolgung Schwarzer Menschen im Nationalsozialismus, der Zwangsadoption Schwarzer Kinder westdeutscher Frauen* mit Schwarzen amerikanischen Soldaten in die Vereinigten Staaten, der Deportation Schwarzer Menschen aus Ostdeutschland im Zuge des ‚Mauerfalls' sowie der Tatsache, dass bis in die Gegenwart „Deutschland als weiß imaginiert wird" (vgl. Ogette 2019: 33ff.). Die Historikerin Fatima El-Tayeb zeigt auf, dass in Deutschland rassistische Sicherheitspraktiken trotz historischer Brüche über eine Kontinuität verfügen – etwa, wenn sich die Polizei in Hamburg zur Kriminalisierung von Sint*ezza und Rom*nja noch während der Nachkriegszeit auf die bereits im Nationalsozialismus genutzten ‚Landfahrerkarten' stützte. Dabei wurden die sogenannten ‚Zigeunerverordnungen' bereits vor der NS-Zeit in vielen deutschen Bundesstaaten zum Polizieren und zur Kontrolle von Sint*ezza und Rom*nja eingesetzt. Zugleich verweigerten Gerichte und Behörden in vielfacher Weise die Anerkennung des Porajmos als einen Völkermord, so dass Sint*ezza und Rom*nja nicht als Opfergruppe des Nationalsozialismus erachtet wurden (vgl. El-Tayeb/Thompson 2019: 313f.; El-Tayeb 2016: 102ff.). Darüber hinaus betont El-Tayeb (2016), dass die Geschichte des deutschen sowie des europäischen Antisemitismus ebenso wie die Geschichte des deutschen und des europäischen Antiziganismus seit langem eng mit innereuropäischen Migrations- und Fluchtbewegungen sowie Politiken der Migrationskontrolle sowie der Kriminalisierung von Migration verflochten sind. Sie spricht von einer politisch hergestellten Nationalisierung Europas, die im Nachgang des Ersten Weltkriegs dazu geführt habe, heterogene Bevölkerungen (insbesondere in Osteuropa) in ‚Zugehörige' und ‚Fremde' zu separieren (El-Tayeb 2016: 99ff.). Insbesondere Jüd*innen, Sint*ezza und Rom*nja wurden systematisch zu ‚inneren Anderen' gemacht, da sie nirgendwo in Europa einen ‚Nationalstaat' für sich beanspruchen konnten. Demzufolge dürfen „Rassismus und Antisemitismus im Allgemeinen – eben nicht [als] eine quasi-biologische ‚Angst vor dem Fremden'" verstanden werden, sondern als Teil der „systematische[n] Neuordnung einer heterogenen Bevölkerung in diejenigen, die ein Heimatrecht besitzen und jene, die – trotz teils jahrhundertelanger Präsenz – rechtlose Fremde werden" (El-Tayeb 2016:

100f.). Gerade die bis heute anhaltende weitgehende Unkenntnis über diese Migrations- und Gewaltgeschichte trägt El-Tayeb zufolge dazu bei, dass in Deutschland auch nach dem Zweiten Weltkrieg ein Selbstverständnis als ‚homogen' und ethnisch *weiß* aufrechterhalten werden konnte und Rassismus, Antiziganismus und Antisemitismus nicht als strukturelle Verhältnisse (an)erkannt – und bekämpft – werden (vgl. El-Tayeb 2016).

Diese Erkenntnisse sind nicht neu, sie finden jedoch erst seit den jüngsten Debatten über rassistische Gewalt Eingang in den Mainstream des öffentlichen Diskurses. Bereits in dem erstmals 1986 veröffentlichten Buch „Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte" analysieren May Opitz/Ayim und Katharina Oguntoye die deutsche Gesellschaft als eine, die „nicht ausschließlich aus weißen Deutschen besteht, aber bislang so tut, als wäre es so oder als wäre es besser so" (Oguntoye et al. 1992: 10).[7]

Schwarze, postkoloniale und intersektionale Perspektiven auf die deutsche Gegenwart verhandeln immer auch die Frage nach der Konstruktion gesellschaftlicher und politischer Brüche und machen auf die Kontinuitäten aufmerksam, die zwischen der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus und den west- und ostdeutschen Nachkriegsgesellschaften bestehen. Sie stellen sich damit gegen die Mehrzahl zeitgenössischer Analysen, in denen diese Genealogien keinen zentralen Stellenwert einnehmen. Der Politikwissenschaftler Kien Nghi Ha spricht in Bezug auf die kolonialen Muster der deutschen Arbeitsmigrationspolitik und die Weigerung, den deutschen Kolonialismus und seine andauernden Wirkungen zu analysieren, von einer „Enthistorisierung als gesellschaftliche Praxis" (Ha 2003: 58). Kelly (2020) thematisiert die Kontinuitäten der Nichteinbürgerung und der Deportation von Schwarzen Menschen, um sichtbar zu machen, dass die geringe Zahl von Schwarzen in Deutschland lebenden Menschen nicht ‚einfach' das Resultat des vermeintlich frühen Endes des deutschen Kolonialismus nach dem Ende des Ersten Weltkriegs ist, sondern eine politisch hergestellte Konstellation, die auch in der Gegenwart immer wieder aktualisiert wird. Ihre Untersuchung verweist zugleich auf die anhaltend engen Verflechtungen zwischen Ethnizität, Migration, einem restriktiven Staatsbürgerschaftsrecht und politischer Zugehörigkeit.

7 Dass die Geschichte Schwarzen Lebens in Deutschland bis ins Mittelalter zurückreicht, macht die in das Buch eingeflochtene Diplomarbeit von May Opitz/Ayim sichtbar, die zudem die Entwicklung im Kaiserreich und im Kolonialismus, über die Weimarer Republik, die NS-Zeit bis in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft nachzeichnet (vgl. Oguntoye et al. 1992). Wie tief verwurzelt die Vorbehalte gegenüber der Anerkennung Schwarzen Wissens an den Hochschulen sind, macht die Tatsache deutlich, dass das Thema ihrer Diplomarbeit „Afro-Deutsche. Ihre Kultur- und Sozialisationsgeschichte auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen" an der Universität Regensburg zunächst abgelehnt wurde (vgl. Mertins 1997). Das Buch „Farbe bekennen" macht die diskriminierenden Auswirkungen eines *weißen* gesellschaftlichen Selbstverständnisses für Schwarze Menschen in Form von biografischen Selbstzeugnissen zugänglich. Vgl. hierzu auch die Lebenserinnerung des Schwarzen Deutschen Theodor Michael (2015), zur Geschichte der afro-deutschen Community auch Aitken und Rosenhaft (2013) sowie die Beiträge in Lennox (2016).

Es sind diese Verflechtungen sowie die damit verbundenen Konstruktionen von (Un-)Sicherheit und von (un-)gefährlichen Subjektpositionen, die mit intersektionalen und postkolonialen Analysen sichtbar gemacht und kritisiert werden können, um sie nicht zuletzt auch zu verändern.

2 COVID-19

Bereits kurz nach dem ersten Auftreten der Krankheit COVID-19 in Asien und noch bevor öffentlich sichtbar wurde, dass das damit in Verbindung stehende neuartige Coronavirus dabei ist, sich in Form einer globalen Pandemie über die gesamte Welt zu verbreiten, mehrten sich in Deutschland Berichte über rassistische Diskriminierungen gegenüber als asiatisch gelesenen Menschen (vgl. Hierse 2020a; Ku 2020; Le 2020; Leber 2020). Unter dem Hashtag #ichbinkeinvirus veröffentlichten Betroffene in den sozialen Medien sowie auf der gleichnamigen Website www.ichbinkeinvirus.org ihre Erfahrungen. In Lateinamerika veröffentlichte der Kommunikationswissenschaftler Pablo Amadeo einen Essayband, der Texte von Giorgio Agamben bis Judith Butler zur Corona-Pandemie zusammenbrachte, auf Spanisch übersetzte und einem breiten Publikum als Open-Access-Publikation zugänglich machte (Agamben et al. 2020). Der Titel des Sammelbandes „Sopa de Wuhan" (Wuhan-Suppe) reproduziert, zusammen mit der Umschlaggestaltung – eine Kollage von Fledermausköpfen basierend auf den Zeichnungen des Sozialdarwinisten Ernst Haeckels –, das verbreitete (und vielfach wiederlegte) Narrativ, dass vermeintliche Essensgewohnheiten in Wuhan zum Ausbruch des Virus geführt hätten (Palmer 2020). Dieses Narrativ basiert auf orientalistischen und rassistischen Diskursen, die die komplexen Ursachen des Ausbruchs, wie die verstärkte Zerstörung der Umwelt und die massive (Über-)Ausbeutung natürlicher Ressourcen in einer globalisierten Welt, verschleiern (Chuang 2020). Spätestens seit der Einführung der Kontaktbeschränkungen und der Schließung von Schulen und Kindergärten im März 2020 entwickelte sich in Deutschland eine breite Debatte über die ungleichen, vergeschlechtlichten und intersektionalen politischen sowie sozialen Folgen der Corona-Epidemie.[8]

Zunächst wenig im Fokus standen hierbei allerdings Fragen über den Zusammenhang zwischen rassistischer Diskriminierung und COVID-19. Dies betrifft etwa die Frage, inwieweit prekäre und migrantisierte Beschäftigungsverhältnisse – etwa in der Fleischindustrie und der Agrarproduktion – zum Infek-

8 Für einen Überblick über die verschiedenen Dimensionen und Facetten vgl. den Appell der Sektion Politik und Geschlecht in der DVPW (2020).

tionsgeschehen beitragen und vornehmlich aus Osteuropa migrierende Erntehelfer*innen und ausländische Subunternehmensbeschäftigte, die in Deutschland in der Fleischzerlegung arbeiten, besonders vulnerabel für eine Erkrankung an COVID-19 sind. Zugleich zeigen gerade die jüngsten Ausbrüche des Virus in Schlachtereibetrieben, aber auch die Debatte um die ausländischen Kräfte für die Spargelernte, wie rassistische Politiken mit kapitalistischen Produktionslogiken interagieren. Mittlerweile betonten zwar Politiker*innen angesichts der Krise die Notwendigkeit von Arbeitsschutzmaßnahmen, doch sind die beanstandeten Missstände keinesfalls neu und zudem wird immer wieder eine rassistische Rhetorik bemüht. Exemplarisch hierfür kann die Aussage des Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, Armin Laschet, stehen, der angesichts des Corona-Ausbruchs in den Fleischverarbeitungs- und Schlachtbetrieben Tönnies im Kreis Gütersloh zunächst sagte, die Ausbrüche im Betrieb hätten mit den hiesigen Lockerungen nichts zu tun, da das Virus aus Rumänien und Bulgarin stamme (vgl. FAZ 2020). Im Umgang mit den unterschiedlichen Vulnerabilitäten und der ungleichen Ausbreitung des Virus wird nicht nur der Topos der Verunreinigung des ‚Eigenen' durch die Kontamination mit etwas vermeintlich ‚Fremden' aufgerufen. Es zeigt sich vielmehr zugleich, wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in einer je spezifischen Weise regiert werden und dass Macht auf eine je spezifische Weise – strafend, disziplinarisch oder gouvernemental – intersektional ausgeübt wird (vgl. hierzu auch Mauer 2018: 378f.).

In diesem Sinne werfen auch die Praktiken der Massenquarantäne Fragen nach der Intersektionalität der Corona-Politiken auf (vgl. Flüchtlingsrat NRW 2020). Beispielhaft sei hier Göttingen genannt, wo das Infektionsgeschehen in einem Hochhauskomplex im Mai 2020 mit Feierlichkeiten im Rahmen des Zuckerfestest sowie dem Nichtbeachten von Hygiene- und Abstandsregeln durch Großfamilien in Verbindung gebracht wurde und sich die Presse- und Kommunikationsabteilung der Stadt immer wieder islamfeindliche sowie antiziganistische Diskursstränge bediente. Bei einem neuen Ausbruch im Juni 2020 wurde zur Durchsetzung von Isolierungsmaßnahmen ein ganzer Wohnblock mit Zäunen abgeriegelt – ein Vorgang, der ebenfalls mit einer Diskriminierung, Stigmatisierung und spezifischen Form des Polizierens von armen, geflüchteten und rassifizierten Menschen in Verbindung gebracht wurde (vgl. Paul 2020a, 2020b).

Zugleich verschärft die Corona-Pandemie soziale und gesundheitliche Ungleichheiten, die dazu führen, dass in den USA, aber auch in Europa und in Deutschland, sozial benachteiligte und marginalisierte Menschen überproportional an COVID-19 erkranken (Oppel Jr. et al. 2020; für Dtl.: Delfs/Kooroshy 2020): Erste Studien zeigen, dass das Risiko, an COVID-19 zu sterben, in den USA in Bezirken mit primär Schwarzen Bewohner*innen bis zu sechsmal höher liegt als in *weißen* Bezirken (Yancy 2020). In Großbritannien ist die Fallzahl von Schwarzen und asiatischstämmigen Personen fast doppelt so hoch wie

ihr Anteil an der Bevölkerung (Intensive Care National Audit and Research Centre 2020; Ali et al. 2020). Für Deutschland stehen umfassende Analysen zu Infektions- und Todesraten, die neben Alter, Geschlecht und Wohnort der Betroffenen noch weitere Variablen berücksichtigen, noch weitestgehend aus.

Nicht erst seit Beginn der Ausbreitung des Virus in Europa weisen Flüchtlingsorganisationen auf die eklatanten Missstände und die menschenrechtsverletzende Unterbringung von Geflüchteten hin. Dies betrifft insbesondere die Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln, die dort im Zuge der Umsetzung des EU-Türkeiabkommens entstanden sind und in denen auf Grund von Überbelegung und Unterversorgung eine äußerst prekäre medizinische Situation entstanden ist, die zu einer weiteren Traumatisierung der geflüchteten Menschen führt. Obwohl sich diese Menschenrechtskrise durch die Gefahr einer Masseninfektion mit dem Corona-Virus erhöht, ist eine umfassende politische Lösung im Sinne einer dezentralen, menschenwürdigen Unterbringung der Geflüchteten bislang noch nicht in Sicht. In Deutschland sind im April 2020 47 kranke oder unbegleitete Kinder aus griechischen Flüchtlingslagern angekommen, im Juni 2020 wurde durch das Innenministerium die Aufnahme 353 weiterer Kinder angekündigt. Zwischen Städten und Ländern, die darüber hinaus die Bereitschaft signalisiert haben, noch weitere Geflüchtete aufzunehmen, ist ein unwürdiger Streit über die rechtlichen Voraussetzungen entbrannt, mit dem Ergebnis, dass das Innenministerium es diesen Ländern per Dekret untersagt hat, die Menschen aus den überfüllten Lagern zu evakuieren (vgl. tagesschau.de 2020; Lehmann 2020).

Zugleich kritisieren in Deutschland Flüchtlingsinitiativen, dass die Unterbringung in Massenunterkünften geflüchtete Menschen einem massiven Infektionsrisiko aussetzt. Abstandsgebote und Hygienemaßnahmen seien auf Grund der schlechten Versorgung der Bewohner*innen schlicht nicht einhaltbar. Dies gefährde die Gesundheit der Bewohner*innen, versetzt diese in Angst vor einer Ansteckung, und verhindere durch Massenquarantäne und -isolation gesellschaftliche Teilhabe (Flüchtlingsrat NRW 2020).

Die Epidemie hat nunmehr weltweite Ausmaße erreicht und es wird deutlich, dass sie auch bestehende globale ökonomische Ungleichheiten verstärkt. Nicht zuletzt stellt sich im Hinblick auf die Entwicklung und Verteilung eines Impfstoffes sowie potentiell kurativer Medikamente die Frage, wie eine gerechte Gesundheitsversorgung auf globaler Ebene gestaltet und durchgesetzt werden kann, und wie verhindert werden kann, dass bestehende Machtasymmetrien und Verwerfungen reproduziert und insbesondere Menschen im globalen Süden und BIPoC nicht überproportionalen Gesundheitsrisiken ausgesetzt bleiben.

Derzeit stehen umfassende, intersektionale und feministisch-postkoloniale Analysen der gegenwärtigen Krise und der damit verbundenen Umwälzungen von sozialen Ungleichheiten und politischen Machtverhältnissen noch aus. So

ignorieren öffentliche Diskussionen über eine sich durch die COVID-19 Epidemie verstärkende Geschlechterungleichheit intersektionale Ungleichheiten zwischen Frauen tendenziell. Debatten, die unter dem Stichwort #CoronaEltern und #CoronaCare insbesondere in den sozialen Medien geführt werden, aber auch die Diskussion über die Auswirkungen der Coronakrise auf das Wissenschaftssystem, spiegeln mehrheitlich die sozialen Positionierungen von *weißen*, heterosexuellen Frauen aus der Mittelschicht.

3 Zum Sammelband

Der vorliegende Sammelband greift Intersektionalität und Postkolonialität als Analysewerkzeuge auf, um kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht zu entwickeln und damit auch in die politikwissenschaftliche Forschung zu intervenieren. Denn bereits vor den hier geschilderten Einblicken in die Krisen der Gegenwart illustriert etwa der Verlauf der politikwissenschaftlichen Debatte über den Aufstieg des Rechtspopulismus, welche Leerstellen im Diskurs entstehen, wenn intersektionale und postkoloniale Perspektiven entweder gar nicht erst rezipiert werden – oder bis zur Unkenntlichkeit verzerrt nur deshalb als ‚Pappkameradinnen' aufgebaut werden, um sie sofort demontieren zu können. Nach dem Wahlsieg Donald Trumps 2016 wurde die These breit diskutiert, ob ‚die Linke' nicht selbst schuld am Erfolg des Rechtspopulismus sei, indem sie die ‚kleinen Leute' (in Form der *weißen*, männlichen Angehörigen der Industriearbeiterschicht) vernachlässigt und stattdessen einen zu starken Fokus auf Frauen- und Minderheitenrechte gelegt habe. Während Mark Lilla (2016) diese Argumentation als eine innerliberale Kritik verstanden wissen wollte, konstatierte Nancy Fraser (2017) die Konvergenz von Feminismus und Diversitätspolitiken zu einem ‚progressiven Neoliberalismus', der entscheidend zum Entstehen einer populistischen Gegenwehr gegen den neoliberalen Kapitalismus beigetragen habe. Allerdings gerinnen in ihrer Analyse Rassismus, Sexismus und Antifeminismus der Trump-Unterstützer*innen letztlich zu ‚Nebenwidersprüchen' (vgl. Fraser 2017; kritisch Dowling et al. 2017). Ähnliche Thesen wurden auch im deutschsprachigen Feuilleton von Politikwissenschaftler*innen breit – und kontrovers – diskutiert. Es standen sich Perspektiven gegenüber, die einerseits die ‚soziale Frage' losgelöst von Geschlechterverhältnissen, Heteronormativität, Rassismus und weiteren Machtverhältnissen konzeptionierten, bzw. die ‚kleinen Leute' als eine soziale Position in den Blick nahm, die zugleich als *weiß*, ohne ‚Migrationshintergrund' und der Tendenz nach männlich konstituiert wurde (Jörke/Heisterhagen 2017; Thaa 2017). Hiergegen wurden aus postkolonial-feministischen und in-

tersektionalen Perspektiven verschiedene Einwände formuliert, die insbesondere die Konstruktion eines falschen Gegensatzes von Umverteilung und Anerkennung kritisierten (Ziai/Müller 2017; Mauer 2017a; Dowling et al. 2017; Dormal/Mauer 2018; Thompson 2020).

Dabei offenbart die Gegenüberstellung von ‚sozialer Frage' und ‚Identitätspolitik' nicht zuletzt eine Rezeptionssperre intersektionaler und postkolonialer Theorien und ihrer Erkenntnisse im ‚Mainstream' der Disziplin. Auch deshalb erachten wir es als unerlässlich, mit diesem Band postkoloniale und intersektionale politikwissenschaftliche Forschung zur Sichtbarkeit zu verhelfen. Die Themen, die der Band behandelt, sind vielfältig. Sie reichen von indigener Inhaftierung, rechtspopulistischem Widerstand gegen die *Ehe für alle*, der südafrikanischen Studierendenbewegung, Biopolitiken, über Wohlfahrtsstaatspolitiken, einem Interview zu den Potentialen und Grenzen intersektionaler und postkolonialer Gleichstellungspolitiken, entwicklungspolitischen Diskursen bis hin zu ideengeschichtlichen Perspektiven auf Religion, die Potenziale queerer Intersektionalität sowie der Bedeutung von ‚Wahrheit' in der Theorie von Gayatri C. Spivak.

3.1 Verortung des Sammelbandes

Mit der Herausgabe dieses Sammelbandes verfolgen wir ein zweifaches Anliegen: *Erstens* erweitern die in diesem Band versammelten Beiträge das Wissen und die Analyseperspektiven auf die im letzten Absatz kurz skizzierten unterschiedlichen politikwissenschaftlichen Gegenstände, indem sie die darin jeweils wirksam werdenden Verschränkungen verschiedener Herrschafts- und Machtverhältnisse sichtbar machen. Darüber hinaus ist mit Intersektionalität und Postkolonialität *zweitens* auch eine Form der wissenschaftlichen Selbstreflexion verbunden: Welche Machtverhältnisse strukturieren – und begrenzen – die (politikwissenschaftliche) Wissensproduktion selbst?

Der vorliegende Band rückt kritische Forschungstraditionen in den Mittelpunkt, die in der deutschsprachigen Politikwissenschaft immer noch eher marginalisiert sind und außerhalb des kleinen Kreises einer sich feministisch orientierenden, innerhalb des Fachs ebenfalls eine Randexistenz führenden Teilcommunity kaum rezipiert werden. So widmete sich auf dem letzten DVPW-Kongress 2018 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main lediglich ein einziges Panel explizit der Thematik „Demokratie und die Kolonialität der politischen Moderne: Überlegungen zu einer Dekolonisierung der Demokratie", in dessen Rahmen Thompson einen Vortrag über die intersektionale Kritik der

Polizei hielt.[9] Darüber hinaus lässt das Programm des Kongresses nur bei zwei weiteren Vorträgen in anderen Panels erkennen, dass die Vortragenden postkoloniale Perspektiven einbeziehen. Weitere Vorträge, die Intersektionalität im Titel tragen, gab es nicht.

Diese eklatante Lücke spiegelt auch wider, dass die deutschsprachige Politikwissenschaft bis in die Gegenwart hinein in vielerlei Hinsicht als männlich und *weiß* dominiert bezeichnet werden muss.[10] Dies betrifft sowohl die androzentrische Konstitution ihres Gegenstandes (vgl. Kreisky 1995; Sauer 2001)[11] als auch die bis heute anhaltende Unterrepräsentanz von Frauen auf Professuren sowie die damit in Zusammenhang stehenden vergeschlechtlichten Unterschiede politikwissenschaftlicher Wissenschaftskarrieren.[12] So machten im Jahr 2013 der Frauenanteil unter der Professor*innenschaft der Politikwissenschaft in Deutschland lediglich 28,6 Prozent aus, wobei der Anteil unter den am höchsten besoldeten Professuren (W3/C4) mit 24,0 Prozent nochmals geringer ausfiel (Abels 2016: 326). Dennoch geht mit dem bisher erreichten Anstieg des Frauenanteils über alle Karrierestufen hinweg nicht automatisch eine Integration von Geschlechterperspektiven oder feministischer, intersektionaler oder postkolonialer Theorie als integrale Dimensionen politikwissenschaftlicher Forschung und Lehre einher. So ist der Anteil an Professuren, die eine explizite Denomination für Geschlechterperspektiven und Politik innehaben, äußerst gering und ihre Implementierung musste zugleich vehemente, fachimmanente Widerstände überwinden (vgl. Sauer 2015).[13] Und auch die struktu-

9 Das Panel wurde organisiert von Jeannette Ehrmann und Ina Kerner und umfasste den Vortrag „Umrisse abolitionistischer Demokratie in Europa: Eine intersektionale Kritik der Polizei“ von Vanessa E. Thompson. Vgl. aktualisiertes Programm des Kongresses, S. 76 https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Kongress2018/DVPW_Programmheft_2018_PDF.pdf [Zugriff: 10.06.2020].

10 Der folgende Teil konzentriert sich auf die Geschlechterdimension, nicht weil wir diese als ‚vorgängig‘ betrachten, sondern weil dies diejenige Perspektive ist, zu der überhaupt Datenmaterial vorliegt.

11 Der „politologische Feminismus“ verfolgt Kerner (2013) zufolge ein dreifaches Anliegen, indem er *erstens* „geschlechtliche Kodierungen und Asymmetrien des politischen Denkens, der politikwissenschaftlichen Forschung und der Politik“ aufdeckt, er *zweitens* eine feministische Perspektive, um die sich so manifestierenden Androzentrismen betrachten und „in ihrer Bedeutung für die Politik und das Politische“ verstehen zu können und indem er *drittens* das „‚transsubdiziplinäre‘“ Arbeitsfeld ‚Politik und Geschlecht‘ konstituiert (ebd.: 101f.).

12 Damit stellt sie im internationalen Vergleich keine Ausnahme dar, wird die Politikwissenschaft doch auch im U.S.-amerikanischen Kontext als hartnäckig resistent gegenüber Geschlechterperspektiven und *critical race studies* sowie als exkludierend gegenüber Frauen* und *racial minorities* beschrieben (vgl. für Facetten dieser Problematiken American Political Science Review’s incoming editorial team 2019; Key/Sumner 2019; Monroe/Chiu 2010; Ritter/Mellow 2000). Für europäische Perspektiven auf die Implementierung von Geschlechterperspektiven in die politikwissenschaftliche Lehre vgl. Mügge et. al. (2016) und die dazugehörigen Beiträge.

13 Aus einer Analyse der Datensätze über Genderprofessuren im deutschsprachigen Raum des Margherita-von-Brentano-Zentrums geht hervor, dass derzeit lediglich neun (davon zwei in

relle und formale Verankerung von Geschlechterperspektiven in die politikwissenschaftlichen Curricula und Lehrinhalte bleibt bislang marginal (vgl. Abels 2016), obwohl deren Bedeutung für die verschiedensten Teildisziplinen sowohl auf Bachelor- wie auf Masterebene herausgearbeitet worden sind (Bomert/Wilde 2019; Harders 2012). Zugleich erweisen sich nicht nur die Einrichtung, sondern insbesondere auch der Erhalt von Professuren mit Gender-Denomination als feministische und hochschulpolitische „Dauerkämpfe" (Bargetz et al. 2017; Sauer 2017; 2015). Denn im Mainstream von Forschung und Lehre bleiben feministische und geschlechtertheoretische Zugänge marginalisiert und werden eher verhindert als gefördert (vgl. Nüthen 2019; Sauer 2017; Mauer 2017b; Sauer 2015; Nagy/Scheurer 2013).[14]

Die Frage der Präsenz marginalisierter Perspektiven und Wissenschaftler*innen in wissenschaftlichen Debatten ist politisch, wie schon Audre Lorde 1979 in ihrem Kommentar zur Zusammensetzung der Konferenz zum dreißigsten Jahrestag der Veröffentlichung von Simone de Beauvoirs „Deuxième Sexe" feststellte (vgl. Lorde 1984). Anhand der Analyse der Konferenzbeiträge zeigt sie auf, wie die Abwesenheit marginalisierter Perspektiven dazu führt, dass binäre Unterscheidungen und hegemoniale Konzepte reproduziert werden. In der Untersuchung der materiellen Beziehungen zwischen Frauen wäre so nur ein Entweder-oder-Modell der Sorge denkbar (Lorde 1984: 111). Systeme der gegenseitigen Unterstützung, die auf Interdependenz beruhten und die die Lebensrealitäten und Überlebenspraktiken Schwarzer und lesbischer Frauen* widerspiegelten, fehlten. Dies führe dazu, dass nur die Instrumente des rassistischen Patriarchats zur Verfügung stünden, um die Effekte desselben zu untersuchen. Gesellschaftlicher Wandel könne so nur innerhalb des Systems gedacht werden (ebd.: 110f.). Denn die Fähigkeit, gemeinsame Kämpfe auf Differenzen zu gründen, sei eine in den Erfahrungen der Marginalisierung und Diskriminierung geborene Überlebenstaktik. Diese Taktik zu lernen sei aber nötig, um die vermeintliche Sicherheit des Hauses des Herrschenden zu verlassen und die Instrumente zu finden, um dieses abzureißen und eine Welt zu

Österreich) der insgesamt 106 Professuren mit Voll- oder Teildenomination für Geschlechterforschung in der Fachgruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in den Politikwissenschaften angesiedelt sind. https://www.mvbz.org/genderprofessuren [Zugriff:18.06.2020, eigene Berechnung]. Eine Auflistung der DVPW über politikwissenschaftliche Professuren in Deutschland aus dem Jahr 2017 führt – unter Auslassung einiger Fachhochschulprofessuren – insgesamt 542 Professuren auf. Davon weisen lediglich sieben Professuren eine Genderdenomination auf, was einem Prozent entspricht. Darüber hinaus gibt es eine Professur mit der Denomination für „Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien" und eine Professur ist mit der Leitung eines „Center for the Study of Discrimination based on Sexual Orientation" verknüpft https://www.dvpw.de/fileadmin/user_upload/2017-06_Liste_Professuren_Politikwissenschaft.pdf [Zugriff: 18.06.2020, eigene Berechnung].

14 Zwar existieren Einführungen in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung sowie die feministische Politikwissenschaft (vgl. etwa Rudolph 2015; Sauer/Rosenberger 2004; Krause 2003; Kreisky/Sauer 1995), in allgemeinen Einführungen in die Disziplin werden diese Zugänge jedoch zumeist ausgelassen (Abels 2016: 327f.).

schaffen, in der sich alle entfalten könnten (ebd.: 112). Aber es sei nicht Sache der Marginalisierten, *weißen* Frauen diese Fähigkeit beizubringen; diese Arbeit müsse jede* selbst leisten. Lorde endet ihren Kommentar mit dem Aufruf:

„Racism and homophobia are real conditions of all our lives in this place and time. I urge each one of us here to reach down into that deep place of knowledge inside herself and touch that terror and loathing of any difference that lives there. See whose face it wears. Then the personal as the political can begin to illuminate all our choices“ (Lorde 1984: 113).

Knapp fünfzig Jahre später ist die politische Situation anders und doch gleich. Mit Intersektionalität und Postkolonialität stehen uns mittlerweile zwei Konzepte zur Verfügung, die – auf eben diesen Interventionen und Praktiken aufbauend – hegemoniale Logiken aufbrechen und eine andere Form der Beziehung zur Welt und zu anderen etablieren können. Diese befinden sich, wie wir skizziert haben, in einer kuriosen Position zwischen Marginalisierung und Mainstream: Trotz der mangelnden institutionellen Verankerung von Professuren mit Gender-Denomination oder geschlechtersensibler Curricula innerhalb der Bachelor- und Masterordnungen findet sowohl Forschung als auch Lehre statt, werden Qualifizierungsarbeiten zu Intersektionalität und Postkolonialität geschrieben und es werden Wissenschaftler*innen mit diesen Forschungsprofilen auf Professuren berufen. Und auch wir selbst sind, als befristet und als unbefristet angestellte Postdoktorandinnen in mehr oder weniger prekärer Form, in diese Fachcommunity eingebunden. Gerade deshalb bleibt es unserer Ansicht aber wichtig, auf die Ausschlüsse in der Wissensproduktion und der Fachpolitik hinzuweisen, wohl wissend, dass wir Teil der Community sind und nicht ‚von außerhalb‘ sprechen können.

Bislang werden fachpolitische Debatten über Intersektionalität und Postkolonialität vor allem in Bezug auf die Forschungsinhalte thematisiert. Exemplarisch sei hier Ina Kerner (2013: 103ff.) genannt, die Postkolonialismus, Intersektionalität und Queer Theory als die drei gegenwärtigen Aktualisierungen feministischer Theorie und Politik versteht. Ob und wie eine intersektional und postkolonial informierte Gleichstellungs- und Repräsentationspolitik an den Hochschulen und den politikwissenschaftlichen Instituten gestärkt werden könnte, spielt jedoch – anders als in den USA, wo hierzu bereits Vorschläge unterbreitet werden (vgl. American Political Science Review’s incoming editorial team 2019; García Bedolla 2014) – bislang noch keine prominente Rolle. Auch die in anderen Fachkontexten geführten Debatten über rassistische Strukturen an Hochschulen und die Marginalisierung von Schwarzen und migrantischen Forschenden sowie Wissenschaftler*innen of Color und ihrer Wissensproduktion (vgl. Arghavan et al. 2019; Gutiérrez Rodríguez 2018; Thompson/Vorbrugg 2018; Rodríguez et al. 2016) stößt bislang nur auf eine geringe

Resonanz in der politikwissenschaftlichen Fachcommunity.[15] Mit unserem Sammelband wollen wir in beide Felder intervenieren.

3.2 Zu den Beiträgen

Der Sammelband ist in drei Hauptteile gegliedert: I. Begriffsarbeit; II. Staat und Institutionen; III. Soziale Bewegungen. Diesen drei Abschnitten vorangestellt ist das Interview *Stuntreiter*innen: Intersektionalität und Postkolonialität in der deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Forschung*, welches die beiden Herausgeberinnen mit *Nikita Dhawan* und *Birgit Sauer* als zwei Pionierinnen postkolonialer und intersektionaler Forschungsperspektiven in der Politikwissenschaft geführt haben. Im Zentrum des Gesprächs stehen dabei sowohl Fragen zu Postkolonialität und Intersektionalität als Forschungsgegenstände, aber auch zu ihrem Potenzial als Instrumente emanzipatorischer Hochschul- und Fachpolitiken.

Die verschiedenen Beiträge in Teil I „Begriffsarbeit" setzen sich mit theoretischen Positionen und Zugriffe auf Intersektionalität und Postkolonialität auseinander. Der Beitrag *Gratwanderungen zwischen Differenz und Gleichheit: Intersektionalität und Postkolonialität als Perspektiven der kritischen feministischen Forschung* von *Johanna Leinius* und *Heike Mauer* stellt Intersektionalität und Postkolonialität als Forschungsperspektiven vor und diskutiert, wie diese in unterschiedlicher Weise das Paradox von Gleichheit und Differenz bearbeiten. *Laura Mohr* verfolgt im Beitrag *Queere Intersektionalität? Kritik und Transformation gesellschaftlich-kapitalistischer Verhältnisse* das Ziel, Intersektionalität mit Hilfe von Queer Theory zu erweitern und bestehende Leerstellen zu füllen. *Zubair Ahmad* zeichnet in seinem Beitrag *Die Kategorie der Religion: Ein macht- und herrschaftsanalytisch vernachlässigter Begriff in der Politischen Theorie* nach, wie postkolonial-feministische Perspektiven ihre Auseinandersetzung mit ‚Religion' in Zukunft vertiefen könnten. Ausgangspunkt hierfür bildet die These, dass Religion sowohl als eine historisch konstituierte als auch eurozentrisch formierte Kategorie und damit als eine Machttechnologie begriffen werden muss. Im Zentrum des Beitrags *Gayatri Spivak und der Wille zur Wahrheit* von *Floris Biskamp* steht eine Reflexion über die

15 Etwa setzt sich die 2019 aus dem Arbeitskreis ‚Politik und Geschlecht' in der DVPW hervorgegangene Sektion für die Sichtbarkeit und Verankerung postkolonialer und intersektionaler Forschungsansätze innerhalb der Politikwissenschaft ein. Zugleich verfolgt sie das Ziel, sich für die Förderung von „Frauen*, Trans*, Inter*, gender-Varianten und anderen benachteiligten Gruppen sowie insgesamt für Gleichstellungsanliegen und Anti-Diskriminierung in der Politikwissenschaft" einzusetzen. https://www.dvpw.de/gliederung/sektionen/politik-und-geschlecht/wir-ueber-uns/ [Zugriff: 19.06.2020].

Frage, wie in öffentlichen Debatten zwischen nichtrassistischem und rassistischem Sprechen über ‚andere Geschlechterverhältnisse' unterschieden werden könne. Biskamps Beitrag setzt sich zum Ziel, Kriterien für die Unterscheidung einer solidarischen Kritik und eines rassifizierenden Otherings herauszuarbeiten. Diese umfassen nicht allein die Darstellung von Handlungsmacht und die Reflexion des Verhältnisses von Kultur, Herrschaft und Sprecher*innenposition, sondern auch die Frage, ob die Darstellungen den Kriterien propositionaler Wahrheit entsprechen und auf überprüfbaren methodischen Standards basieren.

Der erste Beitrag in Teil II „Staat und Institutionen" widmet sich einer Kritik des Gefängnisses und der Freiheitsstrafe. In *Die Eliminierung der ‚Anderen' – Inhaftierung als Herrschaftsmittel* analysiert *Sonja John* indigene Inhaftierung in Kanada. Ausgehend von der Situation inhaftierter indigener Frauen* zeigt John auf, wie indigene Studien durch die Einbeziehung intersektionaler Perspektiven eine präzise Kritik des Strafsystems formulieren können. Hierbei hebt John zugleich die Bedeutung der ‚Eigensinnigkeit' der Subjekte als eine Form des Widerstands hervor. *Katrin Menke* und *Monika Götsch* bearbeiten in ihrem Beitrag *Intersektionale Ungleichheiten: Die Ökonomisierung des deutschen Wohlfahrtsstaates und seine Folgen* eine Lücke der feministischen Wohlfahrtsstaatenforschung. Anhand zweier empirischer Fallbeispiele – den sozialen Positionierungen erwerbstätiger Eltern sowie transgeschlechtlicher Menschen – leuchten sie die politisch intendierten, widersprüchlichen (Un)Möglichkeiten aus, mit denen Subjekte beim Versuch, in ihrer Marktförmigkeit Anerkennung zu erhalten, konfrontiert werden. Hierbei stehen die Inkonsistenzen und Inkohärenzen entlang der Kategorien Klasse, ‚Race', Gender (und Körper) im Kontext von Familien- und Arbeitsmarktpolitik in Deutschland im Fokus. Der Beitrag *Von Patient*innenzellen und Patient*innenzahlen. Intersektionale Perspektiven auf biomedizinische Forschung* von *Helene Gerhards* verbindet mit Biopolitikstudien und Intersektionalität zwei Forschungsfelder, die Erkenntnisse über die Vermachtung von Subjekten und deren Körper generieren. Erst diese spezifische Verbindung erlaube es, spezifische Subjektpositionen im biomedizinischen Raum und die mit diesen Subjektpositionen je eigens verbundenen Macht-, Wissens-, und Subjektivierungspraktiken angemessen zu erfassen. Gerhards fokussiert die besondere Situation Schwarzer Frauen im Rahmen biomedizinischer Wissensproduktion und zeigt, dass die Inwertsetzung von Körperstoffen auf der besonderen Ausbeutbarkeit weiblicher, rassifizierter Körper gründet und dass die fehlende Repräsentation Schwarzer Frauen in klinischen Studien negative Auswirkungen auf ihre gesundheitliche Versorgung hat.

Auftakt für den Teil III „Soziale Bewegungen" bildet der Beitrag *Dekolonial und intersektional? Ambivalenzen der Herrschaftskritik in der südafrikanischen Studierendenbewegung* von *Antje Daniel*. Aus einer Perspektive der

sozialen Bewegungsforschung untersucht Daniel die südafrikanische Studierendenbewegung, die seit dem Frühjahr 2015 mit den Forderungen #RhodesMustFall und #FeesMustFall für eine Dekolonialisierung der Hochschulen eintreten. Daniel arbeitet heraus, wie in der Studierendenbewegung um ein intersektionales Verständnis von Dekolonialität gerungen wird und wie miteinander verwobene Machtverhältnisse eine exkludierende Wirkung innerhalb der Bewegung entfalten: Die Dominanz einer spezifischen Deutung von Dekolonialität führt letztlich dazu, dass Schwarze Frauen* und LGBTQI*-Aktivist*innen aus der Bewegung herausgedrängt wurden. *Christine Löw* untersucht in ihrem Beitrag *‚In Verteidigung unserer natürlichen Ressourcen': Postkoloniale ökologische Bewegungen, Geschlechterverhältnisse und die Sicherung von Existenzgrundlagen* das Spannungsfeld zwischen der Neoliberalisierung internationaler Entwicklungs- und Klimapolitiken und den Einsatz sozialer Bewegungen für Ernährungssouveränität. Ausgehend von den postkolonial-feministischen Überlegungen Spivaks zeigt Löw nicht nur auf, wie die Finanzialisierung von Klimapolitik globale Ungleichheiten verstärkt, sondern auch, welche Rolle indigene Frauen* für global gerechte Klima- und Ernährungspolitiken und insbesondere für Ernährungssouveränität spielen können. Der Beitrag von *Christopher Fritzsche Ein ‚überkonfessionelles Bündnis' gegen die Ehe für alle? Die ambivalente Haltung antifeministischer Akteure zum Islam* nimmt rechtspopulistische und antifeministische Bewegungen in den Blick und analysiert die scheinbar widersprüchlichen Positionierungen dieser zum Islam. Dabei nutzt Fritzsche eine Adaption des von Kimberlé Crenshaw stark gemachten Verständnis von Intersektionalität als einem Paradox von Differenz und Gleichheit, um aufzuzeigen, dass sowohl den Islam inkludierende Positionen im Bündnis gegen die *Ehe für alle*, als auch ablehnende Positionen zum Islam auf eine antifeministische, autoritäre und antidemokratische Gesellschaftsordnung abzielen.

Der den Sammelband abrundende Beitrag *(K)einen Schlusspunkt setzen: Die Herausforderungen von Intersektionalität und Postkolonialität im deutschsprachigen Kontext* von *Johanna Leinius* und *Heike Mauer* gibt einen Ausblick auf Forschungsdesiderate und zukünftige Perspektiven. Dies diskutiert der Beitrag anhand der Übersetzungspolitiken um den Begriff ‚Race' sowie des Stellenwerts der kritischen Analyse von Antisemitismus als zweier kritischer Punkte postkolonialer und intersektionaler Ansätze. Abschließend reflektiert der Beitrag die wissenspolitischen Herausforderungen und Chancen intersektionaler und postkolonialer Perspektiven insbesondere in der feministischen politikwissenschaftlichen Forschung.

Heike Mauer und Johanna Leinius

4 Danksagung

Die Herausgabe eines Sammelbandes ist ein kollektives Unterfangen, an dem viele Menschen beteiligt sind, bei denen wir uns sehr herzlich bedanken möchten. Der größte Dank gilt unseren Autor*innen für das Verfassen ihrer Beiträge sowie für ihre Bereitschaft und Geduld, sich mit uns auf den Prozess der Textentwicklung und die vielen Korrekturschleifen einzulassen. In diesem Zusammenhang bedanken wir uns auch ausdrücklich bei unseren Gutachter*innen, die die Beiträge im Rahmen eines double-blind Peer-Review-Verfahrens gesichtet, kommentiert und mit dieser Arbeit einen großen Beitrag zur Qualität des Sammelbandes geleistet haben.

Einen großen Dank möchten wir dem Publikationsfonds der Universität Duisburg-Essen, und hier insbesondere Dorothee Graf, aussprechen, der die Veröffentlichung des Sammelbandes im Open-Access durch seine großzügige Unterstützung ermöglicht hat. Ebenso danken wir dem Corona-Sonderfonds der Stabsstelle Gleichstellung an der Universität Kassel sowie dem Verein zur Förderung feministischer Politikwissenschaft, die ebenfalls zur Finanzierung des Bandes beigetragen haben. Ein Teil des Preisgeldes, das Heike Mauer als Trägerin des Genderforschungspreises des Landes Nordrhein-Westfalen 2019 erhalten hat, wurde für die Veröffentlichung des vorliegenden Bandes eingesetzt. Hier gilt der Dank dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW für die Auslobung des Preises und die damit verbundene Anerkennung von Geschlechterforschung.

Zugleich möchten wir uns bei unseren Kolleg*innen bedanken, die die Erstellung des Sammelbandes unterstützt und ermöglicht haben: Carlo Durando und Sophia Zeh sei herzlich für die Durchsicht des Manuskriptes und ihre sorgfältigen Korrekturen gedankt; Inga Nüthen und Judith Conrads für die kurzfristige und sehr wertvolle kritische Kommentierung je eines Textes; unseren Ko-Sprecher*innen aus dem Sprecher*innenrat der Sektion Politik und Geschlecht, Anna Antonakis, Christine Klapeer, Franziska Martinsen und Inga Nüthen, für ihre Unterstützung.

Den Vortragenden und Teilnehmenden der Konferenz „Intersektionale und postkolonial-feministische Perspektiven als Instrumente einer politikwissenschaftlichen Macht- und Herrschaftskritik“, die am 10.11.2017 an der Universität Duisburg-Essen stattfand, danken wir für die inspirierenden Debatten und Reflexionen, die uns wesentlich dazu motiviert haben, den nun vorliegenden Sammelband zu konzipieren und einen Call for Contributions zu formulieren.

Ein herzlicher Dank gebührt unserem Verlag Barbara Budrich, und hier insbesondere Sarah Rögl und Brinja Lotz, für die kompetente Betreuung des Sammelbands und die gute Zusammenarbeit.

Dank gebührt auch unseren Arbeitskolleg*innen an der Koordinations- und Forschungsstelle des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung NRW,

vertreten durch Beate Kortendiek, sowie am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel, die den Entstehungsprozess dieses Sammelbandes mit Rat und Tat unterstützt und uns die nötigen Freiräume für die Arbeit am Band geschaffen haben. Last but not least möchten wir uns bei unseren Familien und Freund*innen bedanken, für ihre Geduld, ihre praktische Solidarität im Alltag sowie für ihre Freundschaft und Liebe.

Literatur

Abels, Gabriele (2016): The Gender Gap in Political Science Education in Germany. In: European Political Science 15, 3, S. 322–331.

Aitken, Robbie/Rosenhaft, Eve (2013): Black Germany: The Making and Unmaking of a Diaspora Community, 1884–1960. Cambridge/New York: Cambridge University Press.

Agamben, Giorgio/Zizek, Slavoj/Nancy, Jean-Luc/Berardi, Franco „Bifo"/López Petit, Santiago/Butler, Judith/Badiou, Alain/Harvey, David/Han, Byung-Chul/Zibechi, Raúl/Galindo, María/Gabriel, Markus/Yañez González, Gustavo/Manrique, Patricia/Preciado, Paul B. (2020): Sopa de Wuhan: Pensamiento contemporáneo en tiempos de pandemias. La Plata: ASPO.

American Political Science Review's incoming editorial team (2019): Analysis: We're an All-Women Team Chosen to Edit Political Science's Flagship Journal. Here's Why That Matters. https://www.washingtonpost.com/politics/2019/08/29/were-an-all-women-team-chosen-edit-political-sciences-flagship-journal-heres-why-that-matters/ [Zugriff: 18.06.2020].

Ali, Shehzad/Asaria, Miqdad/Stranges, Saverio (2020): COVID-19 and inequality: are we all in this together? In: Canadian Journal of Public Health 111, S. 415–416.

Arghavan, Mahmoud/Hirschfelder, Nicole/Kopp, Luvena/Motyl, Katharina (2019): Who Can Speak and Who Is Heard/Hurt? Facing Problems of Race, Racism, and Ethnic Diversity in the Humanities in Germany. Bielefeld: transcript.

Bargetz, Brigitte/Kreisky, Eva/Ludwig, Gundula (2017): Dauerkämpfe: Feministische Zeitdiagnosen und Strategien. Frankfurt am Main/New York: Campus.

BBC News (2020): The Last 30 Minutes of George Floyd's Life. https://www.bbc.com/news/world-us-canada-52861726 [Zugriff: 20.08.2020].

Bomert, Christiane/Wilde, Gabriele (2019): Gender Curriculum Politikwissenschaft. http://gender-curricula.com/curriculum/politikwissenschaft [Zugriff: 18.06.2020].

Brown, Robert A. (2019): Policing in American History. In: Du Bois Review: Social Science Research on Race, Cambridge University Press 16, 1, S. 189–195.

Chuang 2020: Social Contagion: Microbiological class war in China. http://chuangcn.org/2020/02/social-contagion/ [Zugriff: 15.07.2020].

Collins, Patricia Hill (2019): Intersectionality as Critical Social Theory. Durham: Duke University Press.

Crenshaw, Kimberlé/Ritchie, Andrea (2015): Say Her Name. Resisting Police Brutality against Black Women. https://genderate.files.wordpress.com/2020/06/0aa47-aapf_smn_brief_full_singles-min.pdf [Zugriff: 17.11.2020].

Delfs, Stefanie/Kooroshy, Javeh (2020): Corona trifft sozial Benachteiligte härter. https://www.tagesschau.de/inland/corona-sozial-schwache-101.html [Zugriff: 31.08.2020].

Der Spiegel (2020): Arbery-Anwalt eingeschaltet: Polizisten sollen schwarze US-Amerikanerin erschossen haben. https://www.spiegel.de/panorama/justiz/louisville-polizisten-sollen-schwarze-us-amerikanerin-erschossen-haben-a-75170561-e031-4864-98fa-e2f6607401c3 [Zugriff: 20.08.2020].

Der Tagesspiegel (2020): Empörung über erneute Polizeigewalt in den USA. https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/toedliche-schuesse-auf-schwarze-sanitaeterin-empoerung-ueber-erneute-polizeigewalt-in-den-usa/25828402.html [Zugriff: 20.08.2020].

Dormal, Michel/Mauer, Heike (2018): Das Politisierungsparadox. Warum der Rechtspopulismus nicht gegen Entpolitisierung und Ungleichheit hilft. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 27, 1, S. 22–34.

Dowling, Emma/Dyk, Silke van/Graefe, Stefanie (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? In: PROKLA 47, 188, S. 411–420.

El-Tayeb, Fatima/Thompson, Vanessa E. (2019): Alltagsrassismus, staatliche Gewalt und koloniale Tradition. Ein Gespräch über Racial Profiling und intersektionale Widerstände in Europa. In: Wa Baile, Mohamed/Dankwa, Serena O./Naguib, Tarek/Purtschert, Patricia/Schilliger, Sarah (Hrsg.): Racial Profiling. Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand. Bielefeld: transcript, S. 311–328.

El-Tayeb, Fatima (2016): Rom_nja, Sint_ezze und die deutsche Schuldfrage. In: dies.: Undeutsch. Die Konstruktion des Anderen in der postmigrantischen Gesellschaft. Bielfeld: transcript, S. 91–110.

FAZ (2020): Nach Kritik an Formulierung: Laschet stellt Aussage zu Rumänen und Bulgaren klar. https://www.faz.net/1.6820979 [Zugriff: 31.08.2020].

Flüchtlingsrat NRW (2020): Appell: Infektionsschutz für alle! https://www.frnrw.de/in-eigener-sache/aktionen/appell-infektionsschutz-fuer-alle.html [Zugriff: 31.08.2020].

Fraser, Nancy (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): Die große Regression: Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 77–92.

Fraser, Nancy (2001): Sex, Lügen und die Öffentlichkeit. Überlegungen zur Bestätigung des Bundesrichters Clarence Thomas. In: dies.: Die halbierte Gerechtigkeit: Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 151–179.

García Bedolla, Lisa García (2014): How an Intersectional Approach Can Help to Transform the University. In: Politics & Gender 10, 3, S. 447–455.

Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2018): Institutioneller Rassismus und Migrationskontrolle in der neoliberalen Universität am Beispiel der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Laufenberg, Mike/Erlemann, Martina/Norkus, Maria/Petschick, Grit (Hrsg.): Prekäre Gleichstellung: Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit und unsichere Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 101–128.

Ha, Kien Nghi (2003): Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmarktpolitik. In: Steyerl, Hito/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (Hrsg.): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Münster: Unrast, S. 56–107.

Harders, Cilja (2012): Politikwissenschaft, Politologie. In: Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW (Hrsg.): Geschlechtergerechte Akkreditierung und Qualitätssicherung – Eine Handreichung. Analysen, Handlungsempfehlungen & Gender Curricula. Dritter aktualisierter, überarbeiteter und veränderter Bericht. Essen, S. 152–154.

Hierse, Lin (2020a): Coronavirus und Rassismus: „Nehmen Sie es nicht persönlich". https://taz.de/!5662444/ [Zugriff: 17.06.2020].

Hierse, Lin (2020b): Strategien gegen Rassismus: Luft anhalten hilft nur kurz. https://taz.de/!5678747/ [Zugriff: 17.06.2020].

Hirschfelder, Nicole (2016): #BlackLivesMatter: Protest und Widerstand heute. In: Butter, Michael/Franke, Astrid/Tonn, Horst (Hrsg.): Von Selma bis Ferguson – Rasse und Rassismus in den USA. Bielefeld: transcript, S. 231–260.

Holden-Smith, Barbara (1995): Lynching, Federalism, and the Intersection of Race and Gender in the Progressive Era. In: Yale Journal of Law & Feminism 8, 1, S. 31–78.

Intensive Care National Audit and Research Centre (2020): ICNARC COVID-19 study case mix programme. London: Intensive Care National Audit and Research Centre.

Jörke, Dirk/Heisterhagen, Nils (2017): Was die Linken jetzt tun müssen. In: FAZ, 26.01.2017, S. 9.

Kelly, Natasha A. (2019): Weil wir weitaus mehr als nur „Frauen" sind! In: dies. (Hrsg.), Schwarzer Feminismus: Grundlagentexte. Münster: Unrast, S. 9–16.

Kelly, Natasha A. (2020): „Die ständigen Ausreden bin ich leid" Natasha Kelly im Gespräch mit Alexander Moritz. *Tacheles vom 06.06.2020* https://www.deutschlandfunkkultur.de/soziologin-zur-deutschen-debatte-ueber-rassismus-die.990.de.html?dram:article_id=478142 [Zugriff: 01.09.2020].

Kerner, Ina (2013): Was wir nie über Geschlecht wissen wollten. Potenziale des politologischen Feminismus. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 22, 1, S. 101–107.

Key, Ellen M./Sumner, Jane Lawrence (2019): You Research Like a Girl: Gendered Research Agendas and Their Implications. In: PS: Political Science & Politics 52, 4, S. 663–668.

Krause, Ellen (2003): Einführung in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung. Opladen: Leske + Budrich.

Kreisky, Eva (1995): Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 85–124.

Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.) (1995): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Ku, Marvin (2020): Wenn Asiaten niesen, sucht ihr das Weite. https://www.tagesspiegel.de/berlin/rassistische-reaktionen-auf-coronavirus-wenn-asiaten-niesen-sucht-ihr-das-weite/25497138.html [Zugriff: 17.06.2020].

Le, Nhi (2020): Rassismus: Ich.bin.kein.Virus. https://www.zeit.de/campus/2020-03/rassismus-coronavirus-asiaten-husten-oeffentlichkeit-diskriminierung [Zugriff: 17.06.2020].

Leber, Sebastian (2020): „Er sagte, man müsse mich mit Sagrotan einsprühen". https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/entfesselter-rassismus-in-der-coronakrise-er-sagte-man-muesse-mich-mit-sagrotan-einspruehen/25750740.html [Zugriff: 17.06.2020].

Lehmann, Timo (2020): Horst Seehofer stoppt Thüringer Programm zur Flüchtlingsaufnahme. In: *Spiegel Online*, 7. August 2020. https://www.spiegel.de/politik/deutschland/horst-seehofer-stoppt-thueringer-programm-zur-fluechtlingsaufnahme-a-00000000-0002-0001-0000-000172378481 [Zugriff: 31.8.2020].

Lennox, Sara (2016): Remapping Black Germany: New Perspectives on Afro-German History, Politics, and Culture. Amherst/Boston: University of Massachusetts Press.

Lilla, Mark (2016): The End of Identity Liberalism. https://www.nytimes.com/2016/11/20/opinion/sunday/the-end-of-identity-liberalism.html [Zugriff: 07.09.2017].

Lorde, Audre (1984): Sister Outsider: Essays and Speeches. Freedom: Crossing Press.

Mauer, Heike (2017a): In die Gedöns-Falle getappt. https://taz.de/Debatte-Rechtspopulismus-in-Europa/!5393821/ [Zugriff: 17.06.2020].

Mauer, Heike (2017b): Geschlechterforschung – interdisziplinär und un/diszipliniert?! https://www.univie.ac.at/fernetzt/geschlechterforschung/#f10 [Zugriff: 01.09.2020].

Mauer, Heike (2018): Intersektionalität und Gouvernementalität: Die Regierung von Prostitution in Luxemburg. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.

Mauer, Heike/Thompson, Vanessa E. (2020): Polizieren als intersektional-rassistisches Verhältnis. Vanessa E. Thompson im Interview. https://www.gender-blog.de/beitrag/polizieren-rassistisches-verhaeltnis [Zugriff: 06.08.2020].

Mertins, Silke (1997): Was sollen die letzten Worte sein. https://taz.de/!1367194/ [Zugriff: 17.06.2020]

Michael, Theodor (2015): Deutsch sein und schwarz dazu: Erinnerungen eines Afro-Deutschen. München: dtv.

Monroe, Kristen Renwkk/Chiu, William F. (2010): Gender Equality in the Academy: The Pipeline Problem. In: PS: Political Science and Politics 43, 2, S. 303–308.

Mügge, Liza/Evans, Elizabeth/Engeli, Isabelle (2016): Introduction: Gender in European Political Science Education – Taking Stock and Future Directions. In: European Political Science 15, 3, S. 281–291.

Nagy, Nicola/Scheurer, Julia (2013): Leider nichts Neues: Über die Marginalisierung der Geschlechterforschung am OSI. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 22, 2, S. 163–165.

Nüthen, Inga (2019): Was gehört zum Kern des Fachs? Kämpfe um die Institutionalisierung feministischer Politikwissenschaft am OSI (und was wir daraus lernen können). In: Mattern, Philipp/Pongrac, Timo/Vogt, Tilman/Wutzke, Dennis (Hrsg.): Abschied vom Unzeitgemäßen? Politische Ideengeschichte im Widerstreit. Festschrift für Klaus Roth. Marburg: BdWi-Verlag, S. 47–63.

Ogette, Tupoka (2019): exit RACISM: rassismuskritisch denken lernen. Münster: Unrast Verlag.

Oguntoye, Katharina/Opitz, May/Schultz, Dagmar (Hrsg.) (1992): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte. Frankfurt am Main: Fischer.

Oppel Jr., Richard A./Gebeloff, Robert/Lai, K.K. Rebecca/Wright, Will /Smith, Mitch (2020): The Fullest Look Yet at the Racial Inequity of Coronavirus. https://nytimes.com/interactive/2020/07/05/us/coronavirus-latinos-african-americans-cdc-data.html [Zugriff: 15.07.2020].

Oppel, Richard A./Taylor, Derrick Bryson 2020: Here's What You Need to Know About Breonna Taylor's Death. https://www.nytimes.com/article/breonna-taylor-police.html [Zugriff: 15.07.2020].

Palmer, James (2020): Don't Blame Bat Soup for the Coronavirus. https://foreignpolicy.com/2020/01/27/coronavirus-covid19-dont-blame-bat-soup-for-the-virus/ [Zugriff: 15.07.2020].

Paul, Reimar (2020a): Corona-Hotspot Göttingen: „Es gab keine privaten Feiern". https://taz.de/!5690836/ [Zugriff: 31.08.2020].

Paul, Reimar (2020b): Erneuter Corona-Ausbruch in Göttingen: 700 Menschen unter Quarantäne. https://taz.de/!5690125/ [Zugriff: 31.08.2020].

Ritter, Gretchen/Mellow, Nicole (2000): The State of Gender Studies in Political Science. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 571, S. 121–134.

Rodríguez, Encarnación Gutiérrez/Ha, Kien Nghi/Hutta, Jan S./Kessé, Emily Ngubia/Laufenberg, Mike/Schmitt, Lars (2016): Rassismus, Klassenverhältnisse und Geschlecht an deutschen Hochschulen. Ein runder Tisch, der aneckt. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 4, 2/3, S. 161–190.

Rudolph, Clarissa (2015): Geschlechterverhältnisse in der Politik: Eine genderorientierte Einführung in Grundfragen der Politikwissenschaft. Opladen: UTB.

Salem, Sara/Thompson, Vanessa E. (2016): Old Racisms, New Masks: On the Continuing Discontinuities of Racism and the Erasure of Race in European Contexts. In: nineteen sixty nine: an ethnic studies journal 3, 1, S. 1–23.

Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns: Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Sauer, Birgit (2015): Politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterprofessorinnen im deutschsprachigen Raum. Zwischen Besonderheit und Besonderung oder auf dem Weg zur Normalität? In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 24, 1, S. 126–134.

Sauer, Birgit (2017): Engel der Geschichte. Ein Rückblick auf die Zukunft feministischer Politikwissenschaft. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 26, 2, S. 117–127.

Sauer, Birgit/Rosenberger, Sieglinde K. (Hrsg.) (2004): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. Paderborn: UTB.

Sektion Politik und Geschlecht (2020): Appell der Sektion Politik und Geschlecht in der DVPW zum (wissenschafts-)politischen Umgang mit der COVID 19-Pandemie. https://www.dvpw.de/sek_politik_und_geschlecht/Appell.pdf [Zugriff: 31.08.2020].

tagesschau.de (2020): Deutschland nimmt rund 400 Flüchtlinge aufnehmen. https://tagesschau.de/inland/aufnahme-fluechtlinge-seehofer-101.html [Zugriff: 31.08.2020].

Thaa, Winfried (2017): In die Identitätsfalle getappt. https://www.taz.de/!5386234/ [Zugriff: 01.06.2017].

Taylor, Jennifer/Childers, Andrew/Dalton, John/Urell, Aaryn/Sanneh, Sia/Cannon, Josh/Biale, Noam/Young, Bethany/Eppler, Ian/Boone, Kiara/et al. (2017): Lynching in America. Montgomery, Alabama. https://lynchinginamerica.eji.org/drupal/sites/default/files/2019-08/lynching-in-america-3d-ed-080219.pdf [Zugriff: 21.08.2020].

Thompson, Vanessa E. (2020): Von der Rückkehr nach Reims zur Vielfalt der Kämpfe. In: Kalmbach, Karolin/Kleinau, Elke/Völker, Susanne (Hrsg.): Eribon revisited – Perspektiven der Gender und Queer Studies. Wiesbaden: Springer VS, S. 125–140.

Thompson, Vanessa E. (2018): „There is no justice, there is just us!“: Ansätze zu einer postkolonial-feministischen Kritik der Polizei am Beispiel von Racial Profiling. In: Loick, Daniel (Hrsg.): Kritik der Polizei. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 197–219.

Thompson, Vanessa E./Loick, Daniel (2020): Was tun, damit alle atmen können? *Sein und Streit*, Deutschlandfunk. https://www.deutschlandfunkkultur.de/rassismus-und-polizeigewalt-was-tun-damit-alle-atmen-koennen.2162.de.html?dram:article_id=478082 [Zugriff: 01.09.2020].

Thompson, Vanessa E./Vorbrugg, Alexander (2018): Rassismuskritik an der Hochschule: Mit oder trotz Diversity-Policies? In: Laufenberg, Mike/Erlemann, Martina/Norkus, Maria/Petschick, Grit (Hrsg.): Prekäre Gleichstellung: Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit und unsichere Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 79–99.

Wa Baile, Mohamed/Dankwa, Serena O./Naguib, Tarek/Purtschert, Patricia/Schilliger, Sarah (Hrsg.) (2019): Racial Profiling. Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand. Bielefeld: transcript.

Yancy, Clyde W. (2020): COVID-19 and African Americans. In: JAMA 323, 19, S. 1891–1892.

Ziai, Aram/Müller, Franziska (2017): Die linke Gretchenfrage. www.taz.de/!5388259/ [Zugriff: 01.06.2017].